

Eine politische Frage an unsere Leser

Es gibt wenige Menschen, die nach Sassen oder auf den Richthof kommen und nicht begeistert sind. Die wenigen geschulten Nörgler und solche die immer etwas zu kritisieren finden müssen, fallen nicht ins Gewicht. Warum das so ist? So ganz genau zu sagen ist das nicht. Worauf es bei den folgenden Gedanken vordringlich ankommt ist:

- Das Leben und die Stimmung in der Lebensgemeinschaft ist in Gefahr!! -

Warum? Weil unsere Motivation durch Gesetze und Verordnungen zermürbt wird. Einige Beispiele:

- a.. Geht man auf andere Menschen, wie wir es versuchen, voller Vertrauen zu und begegnet reinem Mißtrauen, wie es das Gesetz häufig tut, muß die Vertrauenskraft schwinden.
- a.. Soziale Formen, in Gemeinschaften, sind nur tragfähig, aufgrund des Zusammenwirkens von Individualitäten, die zu dieser Gemeinschaft gehören. Bekommen sie ganz andere Formen verordnet, wirkt das zerstörend.
- a.. Neue Gesetzen und Verordnungen machen es nahezu unmöglich, individuelle Entwicklungsmöglichkeiten einer Gemeinschaft zu pflegen. Das aber ist Inhalt von Menschenwürde.
- a.. Unsere Religion verlangt von uns, aus Liebe zu handeln. Die Tendenzen der Zeit machen das immer schwerer.
- b.. Gesetze schreiben heute die Motive und die Details der Durchführung vor. Das nimmt persönlichem Engagement die Kraft.
- a.. Es wird vergessen, daß es auf den Menschen ankommt. Er ist Mittelpunkt einer gesunden sozialen Tätigkeit, ihr Ziel. Das muß verloren gehen, wenn sich stärkere, andere vorgeschriebene Motive, davor setzen. Nun, es ist noch sehr viel mehr, was es immer schwerer macht, die Stimmung, die uns gelungen ist zu schaffen, zu erhalten. In unserer hektischen Welt fehlt eine solche ja allenthalben. Sollen wir mitmachen dabei? Wie können wir uns aus diesem Sog heraushalten, wissend, ganz bescheiden sei es gesagt, daß es sehr falsch ist, wie wir es tun?

Es war bislang, von der Obrigkeit eine in bescheidenen Grenzen gewährte Freiheit, die es ermöglichte, unsere internen Ordnungen, oder Unordnungen wenn man so will, selber zu gestalten. Sie können über sie in unserer kleinen Schrift "Die Sozialgestalt der Lebensgemeinschaft" nachlesen. Eine Freiheit ist gemeint, die erlaubt eine Gemeinschaft auf der Grundlage von Vertrauen aufzubauen. Denn Mißtrauen zerstört die Stimmung, schafft offenen Kampf oder versteckte Intrigen, schafft Neid. Vertrauen hingegen öffnet die Barrieren von Mensch zu Mensch, etwas, was man natürlich will, im Zusammenleben in einer Gemeinschaft. Es ist offenkundig, daß die Menschen, die man sonst "Betreute" nennt, unsere Dörfler, einen wesentlichen Teil dazu beitragen.

Was das Besondere der beiden Dörfer ausmacht, ist in Gefahr!

Viele, unzählige Gesetze und Vorschriften denen wir bislang nolens volens gefolgt sind und mit denen wir, wenn auch manchmal zähneknirschend, leben konnten, haben wir befolgt, und konnten dennoch Vieles intern nach unseren Intentionen ordnen. Wenn die Neufassung des SGB voll zur Auswirkung kommt, wird sich vieles ändern. Sicher ist, daß die Durchführung der neuen Gesetze enger gehandhabt wird. Es werden darin Dinge, die bis in die kleinsten alltäglichen Verrichtungen Einfluß nehmen und bis in die intimsten Bereiche, der Menschen,

die in unseren beiden Dörfern leben, geordnet. Wir haben Sie, die Eltern und Angehörigen in unseren Treffen immer wieder darüber informiert.

Nun, ist es nicht unsere Art auf Barrikaden zu steigen und bis auf den letzten Mann zu kämpfen, sondern wir versuchen zu verstehen. Wenn man sich die Zwänge der Politik ansieht, kann man sich fragen, was täte man selbst an Stelle der Politiker, in einer Zeit, in der Geld knapper als knapp ist, und in nächster Zukunft noch knapper werden wird. In einer Zeit, in der in der ganzen Welt Materialismus und Egoismus die Seelengrundlage der Handelnden ist. Wo es auf Synergieeffekte ankommt und auf Rationalität. Man wird als Politiker nicht leicht anders können, will man in dem System bestehen. Die Folge dieser Weltsituation wird deutlich in dem ungeheueren Kapitalakkumulationsprozess, (beschönigend Elefantenhochzeiten genannt) der die Wirtschaft beherrscht, aber auch in den Krisen allenthalben. In einer Zeit, deren Gedankengrundlage und Seelenstimmung konsequent hinführt zu einem Sozialdarwinismus, einer Haltung, die eben in der Regel auf Kosten des Schwächeren, bei uns, des Behinderten geht.

Wir leben zudem in einer Zeit, wo auf wissenschaftlich - medizinischer Grundlage, für das Wohl der Menschheit gesorgt wird. Dennoch wird es schon im frühesten Stadium der Menschwerdung Ärzten, vielleicht auch bald Laborgehilfen, oder einseitig orientierten Betroffenen überlassen bleiben, zu entscheiden, ob ein Keim, der Mensch werden will, untauglich für eine Welt ist, wie wir sie heute haben, oder ob er "lebenswert" ist. Der Euthanasiegedanke schleicht sich in die Haltung der Menschen durch eine Hintertüre ein.

Ein Politiker wird aus dem Geiste dieser Zeit heraus handeln müssen, will er weiter Politiker bleiben. Aber er muß noch etwas anderes. Er muß Gesetze schaffen, die für achtzig Millionen Menschen in der BRD, - bald auch für mehr in der EU, - Gültigkeit haben. Das schließt aus, daß in den Gesetzen Rücksicht genommen wird auf einzelne, vielleicht seltene Situationen, für die diese Gesetze gar nicht notwendig wären, oder dort gar zerstörend wirken, obwohl dort schon eine menschliche Ordnung herrscht, wie man sie durch Gesetze gar nicht besser ordnen könnte, wo schon seit Jahrzehnten in extrem billiger Weise die Aufgaben erfüllt werden, die den Staat subsidiär entlasten. Von Aufgaben, die ihm sonst obliegen würden und die er selber sogünstig und so geordnet gar nicht leisten kann. Auf solche Ausnahmen kann ein Politiker, ein Gesetzgeber natürlich keine Rücksicht nehmen.

Die logische Konsequenz die sich daraus ergibt ist, daß Gesetze in diesen Einrichtungen zerstörend wirken. Zerstörend die Ordnung zum Beispiel, die auf Vertrauen aufgebaut ist, oder die Ordnung, die so kostengünstig arbeitet, wie es nur auf Basis einer solchen Ordnung möglich ist. Die Konsequenz ist, daß das Ziel, das erreicht werden soll, wenigsten für eine solche Einrichtung, nämlich günstig zu sein, in das Gegenteil verkehrt wird. Sie muß teurer werden. Denn will sie ihr Niveau halten, und werden zugleich die Mitarbeiter durch umfangreiche zusätzliche Arbeiten von ihren bisherigen Betreuungsaufgaben abgezogen, muß man natürlich weitere einstellen. Das kostet Geld. Gewährt man ihr den höheren Preis nicht, wird sie pleite gehen.

Ein Problem läßt sich mit Gesetzen nicht ordnen, nämlich das positive menschliche Miteinander. Daß man sich nicht bestiehlt, betrügt, vergewaltigt, verletzt und tötet, das kann man schon regeln, wenn auch nicht verhindern, wie man der täglichen Presse entnehmen kann. Aber das sind Grenzen auf der negativen Seite der menschlichen Handlungsmöglichkeiten. Daß man freundlich zueinander ist, eine positive, tolerante Einstellung hat, einander vertraut, usw. das läßt sich beim besten Willen nicht durch Gesetze regeln. Es wird heute gar nicht mehr bemerkt, daß die zunehmend in das individuelle Leben

eingreifenden Gesetze und Verordnungen solche Einstellungen zerstören müssen. Aber sie sind so angelegt. Die übliche Grenzregelung auf der Negativseite verleitet dazu, daß sich die Menschen möglichst nahe dieser Grenze bewegen. Das zeigt die Erfahrung. Man braucht sich nur umzusehen in der Welt, um zu sehen: so ist es.

Zusammengefaßt: Gesetze müssen für die Allgemeinheit gelten und können den Einzelfall, obwohl er gut ist und über die gesetzlich möglichen Regeln hinausgeht, zerstören.

Das kann man alles einsehen. Die Frage, die wir an unsere Leser haben ist: sehen Sie einen Weg, dieses für uns in Zukunft tragisch werdende Dilemma zu lösen?

Natürlich haben auch wir nachgedacht. Sehr weit gekommen sind wir nicht und sind weiter zähneknirschend brave Staatsbürger. Die Gedanken, die wir zu einer Lösung haben, scheinen uns politisch nicht durchführbar, obwohl fast alle Menschen, Politiker, wie Wähler diese Lösung kennen. Sie lautet schlicht "SUBSIDIARITÄT" das heißt: wenn ein Bürger oder eine Bürgergemeinschaft eine Aufgabe übernehmen wollen und können, die sonst dem Staate obliegt, kann und soll er das tun. Dies ist sogar in der Bundesverfassung und manchen Länderverfassungen festgeschrieben. In der Praxis sieht es dann etwas anders aus, weil die Verwaltungen meinen, aus den verschiedensten Gründen, bis in Details einzugreifen sei nötig. Die Folge: siehe oben.

Ein Beispiel dafür:

Die Gemeinde in Schlitz muß die Größe der Mülltonnen ändern, weil es eine EU - Vorschrift ist, nur Gefäße in eine bestimmten Größe zu haben. Die Einsicht, die die EU hier hatte, traut man keinem Gemeinderat zu.

Ein anderer Ausdruck für SUBSIDIARITÄT ist, wenn man kleinere Zusammenhänge im Auge hat und nicht den Staat, "DELEGIEREN". Es hat aber ja nur Sinn zu substituieren oder zu delegieren, wenn man die Institution an die man delegiert, frei läßt und nur ein Minimum an Regeln von ihr verlangt. Daß man darauf vertraut, daß der dem man delegiert hat, im Sinne der gesetzten Aufgabe handelt. Das ist in unserer Lebensgemeinschaft intern ein Prinzip. Es funktioniert, besser wie manches andere, obwohl wir ja, wie Sie wissen, eine sehr differenzierte Gliederung in unseren Haushalten und Werkstätten haben. Daß Probleme, auch im Idealfall, auftreten ist selbstverständlich. Sie aber können durch Anordnungen nicht vermieden werden. Auch das kann man täglich in der Zeitung lesen. Eine eher politisch durchsetzbare Lösung war früher gesetzgeberische Praxis. Man findet sie seit Jahren nicht mehr. Sie heißt schlicht: MODELLKLAUSEL. Das heißt: man ordnet ein Gebiet und läßt der Verwaltung die Möglichkeit bestimmte Einrichtungen - als Modell - anzuerkennen, die von den Regelungen abweichen, solange das Allgemeininteresse nicht gestört wird und solange der Sinn des Gesetzes nicht verletzt wird.

Die Natur der heutigen detaillierten gesetzgeberischen Praxis hat, rechtsphilosophisch gesehen, die Folge, daß es keine grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen geben kann. Denn dazu müßten sich die Gesetze und die Haltung derer, die sie ausdenken, grundlegend ändern. Heute pressen diese den Istzustand in eine Zwangsjacke. Aus der kann man nicht heraus, will man zukunftssträchtige Dinge modellhaft, als Versuch gestalten.

Was tun?

Warum wir das heute und hier schreiben? Weil wir die Bitte haben, daß Sie mitdenken, daß Sie Wege suchen, wie man das, was unsere Besucher spüren, erhalten kann. Zur Freude der Angehörigen, zum Wohle der Betreuten und zum Vorteil des Staates.

Ein konstruktiver Vorschlag dazu wäre, wenn sich eine Gruppe von Menschen die glauben Lösungen zu kennen, oder wenigstens zu ahnen, sich mit uns zusammensetzten, um über das Problem nachzudenken und in einer Gesprächsrunde nach Lösungen zu suchen.

Kurt Eisenmeier